



IM SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN LANDTAG

Nr. 544/04
16. November 2004

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Wirtschaftspolitik

Martin Kayenburg:

Neue Mogelpackung von Simonis

2005 gibt es keinen einzigen neuen Euro Wettbewerbshilfe vom Land für neue Aufträge

Zu der heutigen dpa-Meldung, mit der Ministerpräsidentin Simonis erklärt, dass das Land 30 Mio. Euro für Wettbewerbshilfe bereitstelle, erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Martin Kayenburg:

„Im Doppelhaushalt des Landes Schleswig-Holstein sind für Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen insgesamt ca. 30 Mio., nämlich 23,1 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2004 und 10,5 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2005 veranschlagt. Diese Haushaltsmittel sind allein für die Bezahlung von Zusagen aus vergangenen Jahren für Schiffe, die schon längst auf den Weltmeeren fahren, notwendig. Für zwei Aufträge aus den vergangenen Jahren wartet eine Kieler Werft heute noch auf die zugesagten Wettbewerbshilfen.

Für die allein interessanten neuen Aufträge sieht der Haushaltsplan lediglich 9 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen für 2004 vor. Damit können lediglich Bundesmittel in Höhe von 4,5 Mio. Euro gebunden werden. Mecklenburg-Vorpommern bekommt aufgrund seiner Werftenpolitik allein 22,5 Mio. Euro vom Bund.

Für 2005 sieht der Haushaltsplan überhaupt keine Verpflichtungsermächtigungen vor. Dies ist umso bedauerlicher, als der Bund inzwischen neue Mittel zur Verfügung stellt“.

So habe der Haushaltsausschuss des Bundestages gerade in der vergangenen Woche entsprechende Mittel für den Bundeshaushalt 2005 zur Verfügung gestellt und erfreuerlicherweise eine Finanzierungsaufteilung zwischen Bund und Land im Verhältnis 50:50 eingeführt. Die Vorsorge des Landes an dieser Stelle ist gleich Null. Die Ankündigungen von Simonis sind nichts wert. Die neu zugesagten Mittel gehen für Schleswig-Holstein verloren, wenn nicht endlich in einem Nachtrag zum Doppelhaushalt 2004/2005 die entsprechende Vorsorge getroffen wird.